

Bezugsbedingungen und Anzeigenverträge sind in der Morgenausgabe angegeben
Redaktion: SW. 66, Cindenerstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292-205
Tel.-Abnehmer: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts
Berliner Volksblatt

Verlag und Anzeigenabteilung
Geldstr. 9-5 Uhr
Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH
Berlin SW 66, Cindenerstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 2506-2507

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Der produktive Achtstundentag.

Verlängerte Arbeitszeit, aber erhöhte Produktionsziffern.

Der Zentralverband der Schuhmacher hat durch seine Zahlstellen eine Erhebung veranstaltet, um die Verschiebung der Löhne seit 1914 wie der Arbeitsleistung infolge der Einführung des Achtstundentages zu ermitteln.

Es ist eine erhebliche Verschiebung der Löhne eingetreten, und zwar zuungunsten der Arbeiter. Sowohl die absolute Lohnhöhe wie auch die Lohnhöhe nach ihrem realen Kaufwert bemessen ist heute erheblich niedriger als vor dem Kriege.

Außer dieser großen Verschiebung, die von den Unternehmern niemals in Rechnung gestellt wird, sind im Produktionsprozeß noch andere Verschiebungen eingetreten. Infolge der Überforderung des Lebers, das in Deutschland heute 30 Proz. über dem Weltmarktpreis steht, wird viel minderwertige Ware verarbeitet oder man greift zu Ersatzstoffen.

Es kommt außerdem noch hinzu, daß eine Reihe von Betrieben, auf die sich die Erhebung bezieht, eine Umstellung infolgedessen vorgenommen haben, als sie heute feinere Schuhwaren herstellen, während vor dem Kriege in diesen Betrieben vielfach vornehmlich Stapelware erzeugt worden ist.

Außer diesen produktionshemmenden Umständen muß jedoch auch in Betracht gezogen werden, ob und wie weit die Betriebe technische Verbesserungen durchgeführt haben, die ihrerseits produktionsfördernd wirken. Eine Untersuchung darüber würde wahrscheinlich aufzeigen, wie oberflächlich das Gerücht der Leute ist, die da immer wiederholen, man müsse auf die „Kriegsproduktion“ zurückkommen.

Und nun zu den Ergebnissen der Erhebung selbst: Wir können aus der uns vorliegenden Schrift des Zentralverbandes der Schuhmacher nur einige charakteristische Zahlen wiedergeben. Vorwiegend sei noch, daß die Arbeitszeit heute durch Tarif allgemein 47 Stunden die Woche beträgt und daß die Erhebung die Produktion der ersten zwei Februarwochen von 1924 vergleicht mit denen von 1914.

Bei der Firma Sigle u. Co. A.-G. in Kornwestheim ging im Vergleich zu 1914 die Arbeiterzahl um 9,4 Proz. zurück, die wöchentliche Arbeitszeit um 11,3 Proz., die Wochenproduktion jedoch nur um 3,8 Proz., was also einer Steigerung der Produktion gleichkommt. Dabei sind die Löhne, meist Akkordlöhne, ganz außerordentlich zurückgegangen, und zwar von 30 bis 51,4 Proz. Bei der Firma Wolf u. Co. in Sonthofen sank die Arbeiterzahl um 3,7 Proz., die wöchentliche Arbeitszeit um 13 Proz., die Wochenproduktion stieg jedoch um 14,7 Proz. Auch hier sind die Löhne ähnlich wie bei der vorgenannten Firma gesunken worden.

Bei der Firma Meßler A.-G. in Erfurt stieg die Arbeiterzahl um 60 Proz., die Wochenarbeitszeit ging um 13 Proz. zurück, die Produktion stieg jedoch um 66,6 Proz. Auch hier wurde, wie überall, ein außerordentlicher Abbau der Löhne vorgenommen. Bei der Firma Nicker u. Co. in Tullnngen stieg die Arbeiterzahl um 116,6 Proz., die Wochenarbeitszeit sank um 17,5 Proz., die Wochenproduktion dagegen stieg um 12,2 Proz. Bei der Firma Lingel u. Co. in Erfurt stieg die Arbeiterzahl um 11,1 Proz., die Wochenarbeitszeit sank um 13 Proz., die Wochenproduktion dagegen stieg um 45,4 Prozent. Bei den Vereinigten Schuhfabriken Verneis-Wessels-A.-G., Betrieb II in Nürnberg, sank die Arbeiterzahl um 5,2 Proz., die Wochenarbeitszeit um 13 Proz., die Wochenproduktion dagegen stieg um 21,4 Proz.

Es handelt sich hier ausschließlich um Fabrikbetriebe, wo vornehmlich mit Maschinen gearbeitet wird.

Der Feme-Mord vor Gericht.

Ceipzig, den 13. März. (Eigener Drahtbericht.) Nachdem der erste Verhandlungstag im Parachim Mordprozeß dem Bemühen gewidmet war, ein klares Bild vom Tatbestand zu gewinnen, wurden am zweiten Tage zunächst die Zeugen, die ebenfalls über die Tat ausfragen können, vernommen. Der Versuch, die wahren Motive der Tat ans Tageslicht zu bringen, kann im großen und ganzen trotz der verständlichen Zurückhaltung der Angeklagten als gelungen betrachtet werden.

Der zweite Verhandlungstag begann mit der Vernehmung des Jergen Kossalla, der nordärsig vrvordigt bleibt. Der 25jährige Kaufmann in Parachim, Aboländer von Geburt, war zur Zeit der Tat

Kassenwart der Deutschösterreichischen Freiheitspartei und wurde nach der Tat deren Vorstandsmittglied. Die Ortsgruppe in Parachim soll nicht groß gewesen sein. Mit der Arbeitsgemeinschaft Kossalla will der Zeuge nichts zu tun gehabt haben. Kadow konnte er nur vom Hörensagen und wußte, daß er sich nicht bis gemacht habe. Am Vorabend der Tat erhielt er (Kossalla) die Nachricht, daß Kadow 30.000 M. verlange, um in einer angeblich politischen Angelegenheit ins Ruhrgebiet zu fahren. Hinterher kam auch Kadow selbst zu ihm und bat um das Geld. Als er Betrag witterte, beschloß er, an Bormann auf Herzberge Mitteilung darüber gelangen zu lassen, damit Kadow veranlaßt werde, keine Schulden zu begeben oder sie abzuarbeiten. Er fuhr selbst nach Herzberge. Bormann aber hielt eine Weiterbildung Kadows in der Hiesigkeit für unmöglich und tröstete sich damit, daß es am besten wäre, wenn Kadow eine Tracht Prügel abbekäme. Angeblich, weil Kossalla unterwegs mit seinem Motorrad eine Panne erlitten hatte, stellte ihm Bormann einen kleinen Wagen zur Verfügung. Auf der Rückfahrt traf er Pfeiffer, Wiemeyer und Kühl, die er warnte, als sie davon sprachen, Kadow verprügeln zu lassen. Als er später in Pulkenhof kam, wurden ihm Kadows Papiere gezeigt und ihm erklärt, daß dieser ein Spitzel und Dumpe sei, der Deutschland an Frontisten verrotten wolle. Er nahm die Papiere zu sich und fand darunter verschiedene Karten, aus fremden Namen lautend, Offizierspapiere, eine Mitgliedsliste der kommunistischen Jugend in Werben und ostpreussisches Geld. Auf die Forderung, Kadow zu verkaufen, will der Zeuge Kossalla, wie der Angeklagte Wiemeyer zugibt, geantwortet haben: „Teufel es nur nicht zu soll!“ Er hatte alle Veranlassung, zu befürchten, daß sie zu weit gehen würden, da

er wußte, daß die Kossalla-Ceute vor nichts zurückstredten. Am nächsten Morgen kam Kossalla zu Jurisch, und da erkundigte er sich über den Verbleib des Kadow. Hier wird die Situation für den Zeugen mehr als peinlich. Aus dem ganzen Gespräch Jurischs,

wie er es sogar darstellt, merkt man ihm an, daß er keinen Zweifel darüber im Zweifel war, daß ihm Kadow gefährlich habe. Jurisch behauptet sogar mit aller Entschiedenheit, er habe ihn einmisch bestellt, daß Kadow tot sei. Der Zeuge bestreitet aber, es gewußt zu haben, obgleich er selbst gesteht, daß Jurisch ihm gelogt habe, Kadow habe ein Loch in den Kopf bekommen, und er gibt zu, nicht gelogt zu haben, er will lieber nicht zu viel fragen, denn was er nicht wisse, mache ihn nicht hehlt. Allerdings hat er im Hotel Graf Rolke auch davon sprechen hören, Kadow sei weg.

Es folgt der Zeuge Wiesner, der als Sanarbeiter auf dem Gebiet beschäftigt war. Er kannte Kadow und war gemeinsam mit ihm Mitglied der Ortsgruppe der Deutschösterreichischen Partei, deren Gruppenführer der Angeklagte Thormann selbst war. Am Vorabend des Mordes erfuhr er von Hansen, daß Kadow in Parachim sei. Er begab sich nach dem Luisenhof und fand da Jurisch und einige andere vor. Es wurde da viel getrunken, und Kadow lag schon betrunken auf dem Sofa. Es wurde davon gesprochen, daß man ihn verprügeln müsse. Er ging dann zu Fuß nach Hause. Unterwegs traf er den Wagen mit den Angeklagten, und auf dem Gehsteig des Wagens lag angeblich Kadow. Hier wird der Zeuge unsicher und bestreitet lediglich seine früheren Aussagen, daß man ihm auf seine Frage, was mit Kadow los ist, gelogt habe, daß man ihn verprügelt, er habe nun kein Teil, sie würden in den Wald fahren und ihn vergraben. Er hat das ruhig hingegenommen. Daß sie ihn totgeschlagen hätten, war am nächsten Tage allgemeines Gespräch.

Es folgt nun der Zeuge Heine, auch landwirtschaftlicher Arbeiter. Als er am nächsten Morgen Blut auf dem Wagen fand, jagte ihm Jabel, er hätte einen Rebbock geschossen. Am folgenden Tage mußte Jabel aber zugeben, daß sie Kadow beseitigt und ihn begraben hätten. Jabel hat auch

mit einer Handbewegung bezeichnet, daß er auf den Kadow geschossen

habe. Nach erneuter Vernehmung des Angeklagten Jabel bleibt der Zeuge bei seiner Aussage. Der Verteidiger Dr. Sack hält dem Zeugen vor, daß er in der Bormannschauung ausgefragt habe, Jabel habe ihm erzählt, sie hätten den Kadow verhasen wollen, er hätte aber zweifel abbekommen, da mußten sie in den Wald fahren und da hätte er den Schuß abgegeben. Der Zeuge bestreitet diese Auslage und schütert den Jabel überhaupt als gewalttätigen Menschen. Ueber die Vernehmung des Zeugen Kühl, der anfangs als Angeklagter vor dem Untersuchungsrichter ausgefragt hat und nun, als Zeuge geladen, nicht erschienen ist, wird der Untersuchungsrichter beim Staatsgerichtshof, Richter, vernommen. Er sagt aus, daß Kühl nach seinen Angaben als Mitglied der Arbeitsgemeinschaft Kossalla den Parolen der Deutschösterreichischen Freiheitspartei Folge leisten mußte. Kühl hätte erzählt, daß Bormann dem Angeklagten Pfeiffer einen Wagen zur Verfügung gestellt hätte, damit sie nach Parachim fahren und Kadow verprügeln könnten. Wiemeyer wurde zu diesem Zweck sogar aus dem Bett geholt. Kühl, Pfeiffer und Wiemeyer waren einig, daß Kadow tüchtig durchgehauen werden soll und daß man dann schnell nach Hause fahre.

(Fortsetzung im Morgenblatt.)

Wenn man gewissen kapitalistischen Wortführern, die sich mit dem Nimbus der Sachrämteit umgeben, glauben dürfte, dann ist bei einer mechanischen Produktion eine Steigerung der Leistung nur durch die Verlängerung der Arbeitszeit möglich. Diese Verteidiger des schematischen Zehnstundentages sind offenbar der Ansicht, daß der Arbeiter als Bestdener der Maschine auch selbst nur noch eine Maschine ist. Wie grundsätzlich eine derartige Anschauung ist, weiß ja jeder, der nur vier Wochen lang in einen beliebigen Betrieb hineingesehen hat.

Diese falsche oder vielmehr gefälschte Meinung wird durch die vorliegende Erhebung des Zentralverbandes der Schuhmacher schlagend widerlegt. Der Arbeiter ist eben keine Maschine. Er wird eine qualitative und quantitative Höchstleistung nur in einer kurzen Arbeitszeit liefern können. Je länger die Arbeitszeit ist, desto mehr muß auch die Leistung nach beiden Richtungen zurückgehen.

Der zweite Umstand, der bei dieser Erhebung besonders ins Auge fällt, ist die außerordentliche Reduzierung der Löhne, und da tritt die Erhebung mit durchschlagender Beweiskraft der bis zum Ueberdruß vertretenen Anschauung entgegen, wonach eine Reduzierung der Löhne unsere Industrie allein noch konkurrenzfähig erhalten könne. Der Laie wird einmisch verblüfft sein, wenn er erfährt, wie hoch oder vielmehr wie niedrig der Lohn für die Herstellung eines Paars Schuhe ist. So betragen die Produktionskosten an Arbeitslohn bei einem osterronnierten Betriebe der Provinz Sachsen der über 1600 Arbeiter beschäftigt, insgesamt pro Paar 73 Pfennig. Uebrigens niedrig, teilweise noch niedriger, sind die Löhne in den anderen Fabriken.

Es ist jeder in der Lage, festzustellen, wie teuer heute ein Paar gute Schuhe sind und welchen Einfluß auf den Preis der Schuhe eine Herabsetzung dieses Lohnes um sagen wir 25 Proz. oder eine Erhöhung des Lohnes um den gleichen Prozentfuß ausmache würde. Die Differenz würde noch nicht 20 Pfennig betragen. Vorangeseht natürlich, daß bei einer Erhöhung des Lohnes die Produktion die gleiche bleibe. Da aber erfahrungsgemäß ein gutbezahlter Arbeiter noch leistungsfähiger ist, würde wahrscheinlich selbst diese „Verteuerung“ nicht eintreten, sondern tatsächlich noch eine Verbilligung.

Wie man auch die Frage der Arbeitszeit und der Löhne unteruchen mag, wenn man ihr einmal praktisch näher tritt, es ergibt sich immer, daß eine Verkürzung der Arbeitszeit nicht nur keine Minderung der Produktion, sondern im Gegenteil eine Steigerung zur Folge hat und daß

es vor allen Dingen nicht die Löhne sind, sondern die überbeurteilten Rohstoffe, die die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Industrie gefährden.

Die letzte Reichstagesitzung.

Auf der Tagesordnung der heutigen, wahrscheinlich letzten Sitzung des Reichstages, die Präsident Ebbe um 12 Uhr 20 Minuten eröffnet, steht die Beratung der Vorlage über

die deutsche Goldkreditbank.

Abg. Dr. Kleber (Dt. Sp.) berichtet über die Verhandlungen des Ausschusses, der der Vorlage im wesentlichen zugestimmt hat. Nur § 14, der eine Amnestie für die Zeichner von Aktien der Deutschen Goldkreditbank vorsch, soweit sie sich gegen die Kapitalaufschreibung vergangen hatten, ist gestrichen worden.

Reichswirtschaftsminister Hamann weist nochmals darauf hin, daß es sich hier nicht um eine Währungsbank handle, sondern um eine Kredit- und Diskontbank, deren Tätigkeit der Wiederbelebung der deutschen Wirtschaft zugute kommen soll. Wer die Rentenmark schützen will, muß die Goldkreditbank willkommen heißen.

Abg. Dr. Heffertich (Dml.) beantragt, im § 1 die Bestimmung zu streichen, daß die Bank die Befugnis hat, auf Pfund Sterling lautende Noten bis zum Gesamtbetrag von 5 Millionen Pfund Sterling auszugeben. Ferner soll nach dem Entzage Heffertich die Zahlung der Bank der Genehmigung der Reichsregierung unterliegen. Der Antragsteller bemängelt die allzu große Eilfertigkeit, mit der ein so weitwühendes Gesetz verabschiedet werden soll. Das Recht der Notenausgabe, das man der neuen Bank geben wolle, sei ein Stein des Anstoßes. Ein Bedürfnis zur Ausgabe von Noten in fremder Währung liegt absolut nicht vor. Ueber das Verhältnis der neuen Pfundnote zu den Rentenmarktscheinen um habe die Regierung dem Anstauß keine hinreichende Klarheit verdeutlicht. Man habe gelogt, diese Pfundnote sei überhaupt keine Note, aber wozu denn die empfindliche Beschränkung des Notenausgaberechtes der bestehenden deutschen Notenbanken? In der Presse sei eine verderbliche Stimmungsmache für das Projekt der internationalen Goldnotenbank getrieben worden, die für die Goldkreditbank den Weg ebnen solle. Die Bedingungen, die diese letztere nach sich ziehe, involvieren für die deutsche Wirtschaft, selbst in unsere nationale Unabhängigkeit die größten Gefahren. Ein

Reichstag mit hypokritischem Zuge

sei nicht beabsichtigt, die Verantwortung für einen solchen verhängnisvollen Schritt zu übernehmen.

Abg. Bernburg (Dem.) warnt vor einer Ablehnung der Vorlage. Das wäre verhängnisvoll. Die Kreditnot in bescheiden und unbedachten Gebiet sei ungebauer, auch die größten Unternehmern wüßten nicht, woher sie Kredit bekommen sollen.

(Fortsetzung im Morgenblatt.)

Der Marsch auf Berlin.

Unbequeme Fragen im Hitler-Prozess.

München, 13. März. Bei Beginn der heutigen Sitzung wird mitgeteilt, daß der von der Verteidigung angezogene Georg Ehrhard aus Ulm schriftlich widerrief, Kahr habe ihm gegenüber von einem Marsch nach Berlin gesprochen.

Hierauf nimmt das Zeugnisverhör Kahr seinen Fortgang. Es handelt sich zunächst um die Frage, ob Kahr und Genossen von einem Marsch nach Berlin gesprochen hätten, und ob diesbezügliche Vorbereitungen getroffen wurden. R. A. Gademann nimmt dabei Bezug auf das Sitzungsprotokoll vom 6. November und unterstellt, daß in diesem Dokument von einem genau ausgearbeiteten Plan gesprochen wird, nach dem vorgegangen werden soll. Kahr habe die Vorbereitungen in zwei Gruppen gegliedert. Es sei davon gesprochen worden, daß konzentriert vorgegangen werden müsse. In Norddeutschland sei mit den vaterländischen Verbänden verhandelt worden und die Reichswehr in Norddeutschland habe zugesichert, daß auf die vorgehenden Verbände nicht geschlossen werde. General v. Lossow habe am 6. November davon gesprochen, daß eine plötzliche Kopfschüttelung mittelstlich nicht denkbar sei, weil alles vorbereitet wäre. Kahr besagt auch heute die Taktik, der Verteidigung, die die Materie in Frageform vorbringt, auszuweichen. An Postendem sagt er lediglich, das Vorgehen für das Direktorium sei von mehreren Seiten vorbereitet gewesen. Sein Aufstreten dem Kampfbund gegenüber habe lediglich den Zweck gehabt, gegen die Pläne des Verbandes Stellung zu nehmen und anzudeuten, daß eine nationale Sache im Gange ist. Auf den nachmaligen Hinweis des Rechtsanwalts Gademann, laut Stenogramm habe Lossow erklärt, er wolle selbst nach Berlin marschieren und jeden Staatsstreich mitmachen, wenn die Sache Aussicht auf Erfolg habe, erwidert Kahr: Es ist ausgeschlossen, daß Lossow von einem Marsch nach Berlin gesprochen hat, weil er sich klar darüber war, daß das ein Unfug sei. Wenn er gesagt habe, den Befehl zur Tat gebe er, so habe er damit lediglich zum Ausdruck bringen wollen, daß es an ihm als dem Inhaber der vollziehenden Gewalt abhängt, ob Mitglieder der Verbände bei einem etwaigen Einmarsch der Reichswehr nach Sachsen und Thüringen als Verstärkungen in Frage kommen. Im weiteren Verlauf der Sitzung richtet Angeklagter Kriebel an Kahr die Fragen:

Wer hat dem Hauptmann Heiß, der in Augsburg gesagt hat, es müsse in Berlin mit bayerischen Fäusten Ordnung geschaffen werden, damals mitgeteilt, daß ein Marsch nach Berlin in Aussicht stünde? Hauptmann Heiß hat nämlich seinen Austritt aus dem „Kampfbund“ damit begründet, daß ihm vom Generalkommissariat mitgeteilt worden sei, der Marsch nach Berlin sei ebenso wie die Ausweisung der Disziplinar für die nächste Zeit zu erwarten. Ist Kapitän Ehrhardt mit dem „Mittag-Bund“ nicht deshalb zurückgetreten, weil er seine Organisation nicht nur als Grenzschutz, sondern als Vorbereitung für einen Vormarsch betrachtete? Sind nicht im Bunde „Bayer und Reich“ und in anderen Verbänden bereits die Vorbereitungen für den Marsch nach Berlin getroffen worden? Wurden Eggenz nicht, daß überall in den vaterländischen Verbänden, in der Reichswehr und in der Polizei von dem kommenden Marsch nach Berlin gesprochen wurde?

Kahr gibt zu, daß die Aktion Ehrhardt tatsächlich abgelehnt wurde, weil der Verband nicht lag, daß Ehrhardt über das Ziel hinausgeschossen wolle. Von den übrigen Teilnehmern sei ihm nichts bekannt, er habe lediglich gemerkt, daß Hitler diesbezügliche Pläne habe und sei stets energisch dagegen gewesen.

Oberleutnant Kriebel (siehe oben): Warum haben Eggenz in der Sitzung am 6. November uns nicht offen erklärt: Meine Herren, der Marsch nach Berlin ist ein Unfug und ein Verbrechen, er führt zu einem zweiten Krieg 1866, er bringt uns die Franzosen, Polen und Tschechen und läßt die norddeutsche Reichswehr gegen uns marschieren. Warum sind Sie uns gegenüber nicht offen gewesen. Warum haben Sie uns im unklaren gelassen?

Kahr: Ich ging nur davon aus, daß es sich um ein Vorgehen in Thüringen und Sachsen handelte. Wenn die Herren einen anderen Plan gehabt haben, so bestand ja Gelegenheit genug, sich im Generalkommissariat zu erkundigen. Dann wäre Ihnen klipp und klar gesagt worden, daß es Unfug wäre.

Oberleutnant Kriebel: Das Wort Lossows vom Staatsstreich hat bei uns wie eine Lanze im Pulverfaß gewirkt. Warum haben Ew. Exzellenz nicht klar gesagt, daß unter diesem Staatsstreich ein Druck auf die gesetzgebenden Verbände zu verstehen ist.

Kahr: Was Lossow gemeint hat, war ja klar, er wollte

manu militari gegen jeden Putsch vorgehen. Das Wort Staatsstreich mag gefallen sein, aber im Zusammenhang mit den Worten gegen den Putsch.

Hitler: In der Hauptsache haben sich Ew. Exzellenz am 6. November gegen die Hitlerbewegung gerichtet und nur nebenbei gegen den Mittag-Bund. Deshalb hat man nicht ausschließlich gegen uns Stellung genommen. Warum hat man uns nicht klipp und klar gesagt, daß es sich nur um ein Vorgehen gegen Sachsen und Thüringen handeln sollte?

Kahr: Die Herren Lossow und Seiber haben ihre Stellungnahme ja Herrn Hitler klar dargelegt.

Hitler (sehr erregt): War der Anlaß zu jener Sitzung nicht der, daß ein Verband von sich aus vorzeitig den Staatsstreich durchzuführen wollte, den die Herren Kahr, Lossow und Seiber in Aussicht hatten?

Kahr: Ich muß es entschieden ablehnen, daß wir einen Staatsstreich vorhaben. Hätten wir es tun wollen, dann hätten wir uns erst mit jenen Leuten zusammenzusetzen müssen, um diese zu fragen, wie macht man solche Sache eigentlich? Es war für uns ganz klar, daß das Unternehmen des Herrn Hitler ein Unfug war.

Hitler (in steigender Erregung):

Wir haben aus ja zusammengefaßt. Oberleutnant Kriebel und die anderen Herren haben ja mit Lossow und Seiber über die vorausgehenden Grundfragen gesprochen. (Bewegung.)

Kahr: Ich halte das für ausgeschlossen, sonst hätten Lossow und Seiber mir davon Mitteilung gemacht. Es wäre ja eine völlige Umschwärzung dieser Herren gewesen.

Als Kahr auf die Frage des Justizrats Jeschowitz, warum er den Professor Bauer wegen seines Wortes „Auf nach Berlin“ keine Rüge erteilt habe, antwortet, daß er viel zu tun gehabt hätte, wenn er jedes unvorsichtige Wort hätte fortriggieren wollen, machte ihn Rechtsanwalt Heiß darauf aufmerksam,

daß das Wort „Auf nach Berlin“ in einer Versammlung der Vereinigten Bezirksvereine im Jarkus-Krone am 14. September gefallen sei, an der auch Kahr teilgenommen habe.

Als erster habe er, Heiß, unter dem Jubel der Versammlung gesagt, daß der Marsch nach Berlin kommen müsse, daß es sehr heiß, zur Tat überzugehen. Als zweiter Redner habe Professor Bauer mit neuen Worten das Vorgehen gegen Berlin verurteilt und zum Schluß habe Kahr selbst gesprochen, ohne mit einem Wort etwas davon zu sagen, daß der Marsch nach Berlin Unfug sei.

Kahr antwortet darauf, er habe damals nur ein Wort zur Beruhigung gesprochen, und der Vorsitzende erklärt, Prof. Bauer habe am 9. Februar 1924 sich dahin geäußert, das Wort „Auf nach Berlin“ habe eine Juristenausschreibung der separatistischen Einstellung bedeuten sollen, an einen militärischen Marsch habe er dabei nicht gedacht. Demgegenüber weist Justizrat v. Jeschowitz darauf hin, daß sich die Haltung Bauers nach dem 8. November sehr geändert habe. Er habe ihn sogar für die Dauer des Prozesses die Teilnahme an den Ausschüßungen der vaterländischen Verbände Bannern verboten. Hitler macht darauf aufmerksam, daß, wenn die Einstellung der drei Hauptzeugen tatsächlich so gewesen sei, wie sie es behaupten, mit seit Jahrzehnten feststehenden Begriffen der Richterliche Unfug gerichtet worden sei. Rechtsanwalt Kahr weist darauf hin, daß feinerzeit Bauer und Inlander hitlerförmig gesprochen haben als Hitler selbst. Sie hätten den Marsch nach Berlin gepredigt, ohne daß Kahr, der an der Versammlung im Jarkus-Krone teilnahm, auch nur das geringste dagegen einwandte.

Im weiteren Verlauf der Sitzung wirft Justizrat v. Jeschowitz die Frage auf, ob Kahr Ehrhardt an der Nordgrenze Bayerns nur als Persönlichkeit hier über oder nicht mit Personen aus Berlin darüber verhandelt wurde, Ehrhardt über die bayerische Grenze hinaus zu verwenden. Nach langen Ausschüßungen gibt Kahr zu, daß er mit Ehrhardt über die vaterländischen Verbände und die Konflikte in diesen Organisationen gesprochen habe, und daß dabei möglicherweise auch der Name Ehrhardts genannt worden ist. „Heber Ehrhardts Betätigung“, so sagt der Frage wörtlich, „ist aber wahrscheinlich nicht gesprochen worden.“ Weiter gibt Kahr zu, daß Ehrhardt dem Plan eines Diktatoriums ablehnend gegenüberstand.

Darauf macht Justizrat Schramm die sensationelle Mitteilung, daß in der Nacht vom 8. zum 9. November der italienische Konsulatsvertreter zu Kahr kam und fragte, ob er seiner Regierung von dem Umsturz in Bayern Kenntnis geben und wo er telegraphieren könnte, da das Haupttelegraphenamt besetzt sei. Kahr habe ihm angeraten, nach Anstettin zu fahren, ohne die Nachricht vom Umsturz zu dementieren. Der Vertreter der italienischen Regierung habe Kahr zu seinem Entschluß beglückwünscht.

Kahr kann die Tatsachen nicht leugnen.

Deutschnationaler Schwindel.

Die angeblich erwerbslosen Abgeordneten.

Genosse Hermann Müller-Franken schreibt uns: Am 11. März er. hat der deutschnationale Abg. Budjahn in Lichtenrade in einer öffentlichen Versammlung behauptet, daß die Sozialdemokratie die Auflösung des Reichstags hintertreiben wolle. Zur Begründung hat er, zu den anwesenden Sozialdemokraten gewandt, wörtlich ausgeführt: „Der sozialdemokratische Parteivorstand Müller-Franken, den Sie ja wohl kennen, hat meinem Parteivorstand gesagt, daß durch die Auflösung des Reichstags 107 Sozialdemokraten erwerbslos würden.“ In der Diskussion wurde diese verlogene Behauptung des Reichstagsabgeordneten Budjahn von einem Diskussionsredner sofort als unwahr und völlig unmöglich zurückgewiesen.

Selbstverständlich ist an den Behauptungen des Abg. Budjahn kein wahres Wort. Wenn die Sozialdemokratie die Auflösung des Reichstags hätte hinauszuziehen wollen, hätte sie dazu Gelegenheit genug gehabt. Sie hat aber davon keinen Gebrauch gemacht. Sie war bereit, am 13. April zu wählen; die Deutschnationalen und die übrigen bürgerlichen Parteien haben das verhindert.

Der Vorsitzende der deutschnationalen Fraktion, der Abg. Hergt, hat am 30. November 1923 mit mir über die Frühberatung der Reichstagswahlen gesprochen. Hergt trat im Übergang des Reichstags im Korridor auf mich zu und begann ein Gespräch über die Ermöglichung von Reichstagswahlen Ausgang Februar. Er warf dabei die Frage auf, ob durch ein Uebereinkommen der Parteien nicht zu erzielen wäre, daß der Tag der Auflösung des Reichstags auf den 1. März verlegt würde (ein Verfahren, das in Bayern für die Landtagswahl in Uebereinstimmung aller Parteien tatsächlich eingeführt wurde). Hergt meinte, daß dadurch die Kontinuität der Volksvertretung gewahrt und eine völlig reichstagslose Zeit vermieden würde. Hergt hat in seiner Unterredung darauf Bezug genommen, daß in allen Parteien Abgeordnete wären, die durch den Wegfall der Diäten materiell schwer getroffen würden. Ich bestätigte ihm auf seine Frage, daß das selbstverständlich auch für einige Abgeordnete meiner Partei zutreffen würde; von Erwerbslosigkeit war dabei gar nicht die Rede. (Es würde sich dabei nicht einmal um ein Duzend Abgeordnete handeln.) Im übrigen habe ich in jener Unterredung bemerkt, daß mir Februarwahlen aus Gründen der Außenpolitik zu früh erschienen und damals bereits einen Termin im April vorgeschlagen. Ich habe in der sozialdemokratischen Fraktion am 30. November 1923 von dieser Unterredung Kenntnis gegeben, nachdem auch die „Deutsche Tageszeitung“ von der Unterredung am selben Abend Mitteilung gemacht hatte.

Ich halte diese öffentliche Erklärung für notwendig, damit die Parteigenossen in der Lage sind, lägenhafte Behauptungen richtigzustellen, wenn sie nach dieser Erklärung von deutschnationalen Agitatoren zu verbreiten versucht werden.

Börsenbericht.

Heute war die Gesamtstimmung der Börsen eher etwas freundlicher als an den vorangegangenen Tagen. Es scheint auch, als ob die internationale Spekulation, die sich vorläufig am französischen Markt die Finger etwas verbrannt hat, die Verkäufe in deutschen Industriepapieren eingestellt habe. Der günstige Einfluß auf das Effektengeschäft war auch die weitere Beruhigung des Geldmarktes. Heute war täglich Geld mit 1 pro Mille und darunter pro Tag reichlich zu haben. In einem gewissen Gegensatz zu dieser Bewegung steht die Tatsache, daß nach unseren Erkundigungen die Einreichung von Wechseln zum Diskont bei der Reichsbank und den meisten Großbanken einen jezt langen nicht beobachteten Umfang angenommen habe. Die starke Spannung zwischen den Geldbörsen des freien Marktes und dem Bankdiskont läßt die Inanspruchnahme des Reichsbankkredits immer noch als sehr lohnend erscheinen.

Am Devisenmarkt konzentrierte sich wieder das Interesse auf den sogenannten Usancehandel, d. h. den Tauschhandel des ausländischen Zahlungsmittels. Hier wurden bei Beginn der Briefe englische Pfunde nur noch mit 100 französischen Franc bezahlt. Die Frage des Inlandes nach Devisen bleibt lebhaft. Die Reparationen erfolgen ohne nennenswerte Veränderungen.

Das schönere Denkmal.

Von Wilhelm Berger.

Fern von Russland schweifen doch meine Gedanken nach dem sonnigen Süden, den blauen Wellen des Donstromes, an dessen Ufern ich ein halbes Jahr meine Kräftezeit verbrachte.

Es sind nicht Gedanken frühlicher Natur, die uns an Koftow binden, die Traurigkeit verlangt ihr Recht, und sie erhält es. Traurig wird man, wenn man sich der schweren und blutigen Kämpfe um die Stämme von Koftow und der in und um Koftow ruhenden deutschen Kameraden erinnert. Damals glaubte man noch an Deutschlands Recht und verteidete den Tod der Gefallenen. Heute, nachdem so viele Kräfte geöffnet, nachdem so viele Bücher geschrieben sind, denkt man wohl anders. Man weiß heute, daß alle diese Toten und alle diese Krüppel nichts anderes als die Opfer, die armen, behauerten Opfer der nationalitätlichen Politik der wilhelminischen Regierung sind.

Auf dem Botrowski-Friedhof in Koftow liegt ein Teil der armen Gefallenen begraben. Ungefähr zweihundert gutgepflegte Gräber bergen die Körper von deutschen und österreichisch-ungarischen Krieger, darunter zwei oder drei Offiziere und ein österreichischer Fähnrich. Wie oft bin ich während des Sommers nach diesem Friedhof gepilgert. Bin herumgegangen von einem Kreuz zum anderen, habe immer wieder die einzelnen Namen und Daten gelesen, an die verlassenen Hinterbliebenen, die sehnüchlich, nun umfaßt wortenden Bräute gedacht, ... und innerlich gewinkt. Ein deutscher Soldat und geweiht. Ein weißes schlichtes Kreuz setzte besonders meine Aufmerksamkeit, das des österreichischen Fähnrichs. Nicht wegen seines vornehm klingenden Namens. Aber ich hatte auf der Rückseite dieses Kreuzes eine Aufschrift entdeckt, ein paar undeutlich geschriebene russische Worte, die ich jedesmal nur mit Mühe entzifferte: „Schloß wohl. Heber Feig, mag dich die russische Erde nicht zu sehr denken. Werde deiner ewig gedenken. Deine treue Katja.“

Ich war mir klar, was diese Worte bedeuteten. Sie waren der Schmerzschrei eines russischen Mädchens um seinen gefallenen Geliebten, sie bedeuteten die klare Verneinung des Nationalitätenprinzips, das von der Regierung dem Volke aufgedrängten Hasses gegen die vermeintlichen Feinde, weiter waren sie eine vielleicht ungewollte, aber dennoch eindeutige Bekundung des Menschlichkeits-, des Nächstenliebegebens. Das tapfere russische Mädchen hatte noch vor dem Waffenstillstand, als noch die Kanonen die Kultur und Menschlichkeit Europas in Stücke rissen, den einzigen wahren Weg der Humanität betreten. Sie hatte ihrem Feinde die Hand zur Verführung entgegenstreckt, sie hatte ihn — geliebt.

Am 1. Dezember wurde ein schlichter Denkstein für die gefallenen Soldaten auf jenem Friedhof enthüllt. Ich war dazu auserwählt worden, den vom Stab gestifteten Kreuz mit schwarzwei-

roter Schleife durch die ganze Stadt zu tragen. Reden wurden gehalten. Die donische Kosakenregierung hatte einen Vertreter entsandt, der in späteren Zeiten für die uns treuen Gräber zu sorgen versprach. Die Musik spielte einige melancholische Weisen.

Das war die Enthüllungsfest vom 1. Dezember 1918. Ich aber stand in der Menge, starrte den Denkstein an und verglich ihn und seine metallenen Worte: „Unsern Helden“ mit jenem weißen Kreuz des österreichischen Fähnrichs, bekrönt von einem kleinen, verbleichten Mädchen, mit dunklen, wehmütigen Augen, mit seinem nach Äußen gerichteten Mund und fragte mich immer wieder und wieder, welches wohl das schönere Denkmal war.

Frühlingsahnen.

Im Sonnenschein, hoch oben, gerade über dem Lustgarten freifen die Mäuen. Immer im wilden Kreise, immer steigend und fallend, schiefen und stürzen sie durcheinander. Man hört ein selbes Klirren, wenn sich ihre eisigen Schwingen berühren.

Der Winter ist vorbei, es wird ihnen zu eng hier, sie träumen von fernem Meer und endlosen Hügel, mit Jong und Spiel, von Rissen und Wellensurf. — Bald beginnt die Reise.

Derweilen aber sonnen sich tief unten auf dem Rasen die wohlgenährten Wildenten und sperren kaum den Schnabel auf, wenn ihnen ein dürftiger Raub, der wie ein Philosoph aussieht, seine einzige trodene Schrippe hintrümmelt. Manchmal brabbeln sie leise über den schönen warmen Sonnenschein, und weil sie selber überfüttert sind, gönnt sie den kleinen armseligen Sperlingen die Krumen.

Im übrigen leben sie selbde, nüchtern und gänzlich unpathetisch aus. Sie haben sozusagen eine ökonomische Denkwiese und finden deshalb sogar die wohlwollende Beachtung der Herren mit den gesellschaftsfähigen Banknoten und der treubühigen Weltanschauung, die von der hohen Börse den Weg nach Hause nehmen.

Der Sipp aber steht gedankenvoll vor einem Schilde, das das Betreten des Rasens aufs strengste verbietet, und sucht vergeblich nach einem entsprechenden Passus für Enten in seinem Dienstreglement.

Hans Wefemann.

Die Gemeindefratz Protestantischer Musikfreunde veranstaltete ihr drittes Chorkonzert im Saalbau Friedriehshain. Ausführende waren der von Joscha Horenstein geleitete „Berliner Schubert-Chor“ unter Mitwirkung des Celars Stefan Frankel und des Pianisten R. Kubitschew als Begleiter. — Was Joscha Horenstein als Dirigent fehlt, zeigt er als Chorleiter in erhöhtem Maße, so daß man von ihm als Chorleiter und Führer mit Auszeichnung sprechen muß. Es ist nicht alljährlich, dem Pämperplana Ausdrucksformen abzuzeichnen, wie es Horenstein beispielsweise in Schuberts „Teuergefang“ fertig brachte. Wundernehmen kann es daher nicht, wenn dieser Dirigent seinen Chor auf das schaukräutliche Gebiet B. C. A. Bartolischer „slowakischer Volkslieder“ führte, die in musterhafter Weise und mit großer Geistesgegenwart und Schönheit und

zwang sich durch seine flehentliche Ueberwindung gegenteinlicher Schwierigkeiten wärmsten Beifall. Dem Begleiter R. Kubitschew hätte man ein besseres Klavier gewünscht.

Schwimmende Messen auf der Donau. Seit dem Umsturz hat Oesterreich, das vordem in handelspolitischer Richtung ausgesprochen nach dem Balkan hin orientiert war, wesentlich an Absatz nach dem Osten verloren. Allerdings, die jeweils im Frühling und Herbst abgehaltenen Wiener Messen machen diesen Ausfall zum Teil wieder wett, doch stößt der Export nach dem Balkan schon deshalb, weil die großen Reisebesen intensiven Besuch der Wiener Messen nicht förderlich sind. Im Zusammenhang mit der eben erfolgten Eröffnung der diesjährigen Wiener Frühjahresmesse wird von Vinz a. d. Donau, der oberösterreichischen Hauptadt, aus ein Projekt eifrig betrieben, für dessen baldige Verwirklichung sich bereits die maßgebenden industriellen Kreise stark einsetzen. Die Idee stammt von Kapitän Traut-Wichfort und gipfelt darin, eine schwimmende Donaumesse zu veranstalten. Es soll auf der Linzer Donauwerft eine Motorschiff gebaut werden, das die Donau stromabwärts befahren und dem Balkan sowie den Küstengebieten des Schwarzmeeres Erzeugnisse der österreichischen Industrie und des oberösterreichischen Handels vorführen soll. Nähe des deutschen Donauflusses in Passau und die Begleichung zwischen Oesterreich und Deutschland lassen von einer solchen schwimmenden Donaumesse auch eine Belebung des deutschen Exporthandels erwarten. Auf dem Schiffe sollen Ausstellungsojekte als unveräußerliche Muster mitgeführt werden. Von Angestellten der ausstellenden Firmen in jeder Hafenstadt zu fahrt werden; die Angestellten würden dann auch Aufträge zu Kenntnis nehmen. Eine Aktiengesellschaft zur Auswertung dieses Projektes ist bereits in Bildung begriffen und die Fühlung wurde mit reichsdeutschen Kreisen eingeleitet. Von der Messe auf der Strom ist nur ein Schritt zur Messe zur See. Es ist mit der Uebernahme schwimmenden Donaumesse ein für die nächste Handelszukunft vielleicht vielversprechender Anfang gemacht, und die schwimmende Handelspolitik der alten Rhodaner, die von Sidon bis zur Atlantiden Markt mit Hilfe ihrer Schiffe beherrschten, gewinnt für den österreichischen und für den deutschen Absatz eine gewisse Aktualität.

Deutsche Ferienkinder nach Eiland. Eiland wird im bevorstehenden Sommer voraussichtlich reichsdeutsche Ferienkinder wieder aufnehmen. Das besondere Hilfskomitee hat sich bereits gebildet, so daß im Laufe des März die Vorbereitungen beginnen werden. Reval gilt wieder als Mittelpunkt und Sitz der Hilfsaktion. Wahrscheinlich werden die kleinen Gäste diesmal auch auf dem Landwege nach Eiland befördert werden. Im letzten Sommer konnten 522 reichsdeutsche Kinder in Eiland bei deutsch-baltischen, estnischen und auch russischen Familien untergebracht werden. Die Gewöhnungsbare der Kinder betrug zwischen 2 und 17 Pfund innerhalb einer Erholungszeit von 5—7 Wochen.

Das Deutsche Institut für ägyptische Altertumskunde in Kairo, 1906 als Reichsinstitut gegründet, ist jedoch wieder eröffnet worden.

Ein Nibelungenbuch als Grabdenkmal. In Tokio wird als Grabdenkmal für die Opfer der Erdbebenkatastrophe eine Nibelungenbuch errichtet werden. Das Denkmal wird nach neuester Technik aus Beton gegossen und eine Höhe von 35 m aufweisen.

Poincaré im Feuer.

Heute nachmittag beginnt im französischen Senat die Erörterung der Finanzgesetze, die die Entscheidung über das Schicksal des Kabinetts Poincaré bringen soll. Der Finanzausschuss des Senates hat bereits gestern einen Bericht angenommen, der in unzweideutiger Weise die Absicht zum Ausdruck bringt, das von Poincaré geforderte Ermächtigungsgesetz um jeden Preis zu verwerfen. Gegenüber den Forderungen Poincarés bringt der Finanzausschuss einen Gegenantrag ein, der Ersparnisse im Betrage von einer Milliarde vorseht. Bei der heute beginnenden Generaldebatte wird es sich nun darum handeln, ob die Forderung Poincarés oder der Gegenantrag des Senatsausschusses zur Annahme gelangt. Wie aus Paris gemeldet wird, wird Poincaré die Zurückziehung des Ausschussantrages verlangen und die Vertrauensfrage stellen. Ob er hierbei eine Mehrheit erlangt, ist sehr ungewiss. Die Senatsgruppe der demokratischen Linken, die im Senat die Mehrheit bildet, hat gestern einstimmig eine Resolution angenommen, in der sie von neuem gegen das Ermächtigungsgesetz Stellung nimmt und erklärt, sich über alle Personalfragen hinwegzusetzen und an dem Entschlusse festzuhalten, im Senat gegen jene Maßnahmen zu opponieren, die eine Einschränkung der verfassungsmäßigen Rechte zur Folge hätte.

Im Pariser parlamentarischen Kreise hofft man nach immer, daß Poincaré eine wenn auch nur geringe Mehrheit von 5 bis 20 Stimmen erhalten werde. Sollte jedoch dieser Fall nicht eintreten, so ist mit dem sofortigen Rücktritt des Kabinetts zu rechnen.

Aus dem englischen Unterhause.

Antrag auf Abschaffung der Todesstrafe.

London, 13. März. (Ill.) Mehrere Mitglieder des Parlamentes, darunter der Abgeordnete Lansbury und zwei weibliche Abgeordnete, die der liberalen und der Arbeiterpartei angehören, haben gestern im Unterhause einen Gesetzentwurf eingebracht, der die Abschaffung der Todesstrafe und Erhebung durch lebenslängliches Gefängnis vorseht.

London, 13. März. (Ill.) Im Unterhause wurde gestern gefragt, ob irgendwelche Abmachungen zwischen Großbritannien und anderen Ländern beständen, die Großbritannien in einen Krieg verwickeln könnten. MacDonald erwiderte, Großbritannien sei durch keinerlei Verpflichtungen gebunden außer durch die, die sich aus dem Friedensvertrag und aus der Völkerbundcharta ergeben.

Das Gebot der Stunde.

Tausende und aber Tausende worten in Deutschland seit Jahren mit einer kaum noch erträglichen Sehnsucht darauf, daß das Gebot der Stunde erfüllt werde. Was man darunter versteht? Ja, das ist ganz verschieden, je nach Stand und Stellung, Rang und politischer Richtung des einzelnen. In Bayern zum Beispiel herrscht man, daß endlich der Tag kommen möge, an dem Ludendorff, Hitler und Konrad, mit Herberich, den Reichssozial verhaften und den schändlichen Betrug des Reiches der Vaterlands erhalten. Die „Marschall“ hinstürzen fragen mit aller Dringlichkeit, wie lange es denn noch dauern soll, bis das Gebot der Stunde erfüllt und auch der Arbeiter als Mensch und nicht als Subjekt der Ausbeutung des Unternehmers angesehen wird. Und in Berlin hat man kleiner Leute auf die Weise das Gebot der Stunde erfüllt, daß man in der Leipziger Straße das feine, nein, das feinste Restaurant eröffnet hat. Eine Großstadt wie Berlin hat natürlich große und elegante Restaurants, das wird schon der internationale Reiseverkehr und der Fremdenzustrom so mit sich.

Die sein dieses feinste Restaurant ist, kann man schon daraus erkennen, daß die Besucher des Abends in vollendeter Gesellschaftsformel erscheinen müssen. Die Herren im Frack und die Damen in kunstvollsten Kleidern. Wie tief dieser Ausschritt sein muß, darüber hat zwar die Zeitung des Restaurants keine näheren Bestimmungen erlassen. Aber es wird wohl genau so sein, wie bei den Galavorstellungen im Opernhaus, wenn Wilhelm mit dabei war. Wie sein es im übrigen da zugeht, konnte man aus der Eröffnungsfeier entnehmen, über die eine Zeitung berichtet. Da waren alte, verstaubte und verstockte Fürsten und Grafen, und dann war da auch noch die Prima Ballerina von der Oper. Und das ist nur natürlich. Es sollen die Fürsten mit der Ballettängerin gehen, sie be die wohnen auf der Menschheit Höhe, singt der Dichter. Und diese hohen Herrschaften halten selbstverständlich auf Tradition. Dann gibt es in dem feinsten Restaurant Kreisläufer aus allen Schichten und Teppiche von unschätzbarem Wert, und an den Wänden hängen in primitiven Rahmen Kaiser und Könige, die die größte Begeisterung bei den Gästen auslösen, auf daß sie sich ihres alten und unverfälschten Germanentums erinnern, die bekanntlich immer noch eins trinken.

Außerdem hat dieses feinste Restaurant den größten Wein Keller. Wenn er endlich Ludendorff freigesprochen sein wird, dürfte von den zahlreichsten, begünstigten Gästen eine gewaltige Besatzung in die Weinkeller geschlagen werden.

Hundert Kinder im Polizeipräsidium.

Eine Gegenüberstellung mit der Kinderdiebin.

Die Ergreifung der Kinderdiebin Elisabeth Wiegert, über die wir bereits berichteten, gab Veranlassung, ihr gegen 100 Kinder, die im Laufe der letzten Zeit auf der Straße bestohlen worden sind, gegenüberzustellen. Die Verhaftete hat eine sehr beweisbare Veranlassung hinter sich. Schon mit 15 Jahren betätigte sie sich als Warenhausdiebin. Dann legte sie sich auf die Spezialität der Vererbung kleiner Kinder. Ein besonderer Trieb dabei war der, daß sie die Kleinen, die sie auf der Straße ansprach mit dem Auftrag, einen Glasstein abzuholen, in den vierten Stock eines Parks hinaufschickte. Den schenkte sie, wie sie ihnen einführte, sorgfältig mit beiden Händen tragen, damit er nicht in die Hände röhrt. Das leuchtete den Kindern an, und sie haben nun gern ihre Einhaltssache oder ihr Köbchen der Auftragsgeberin in Verwahrung, um die Hände freizubekommen. Während sie hierauf im vierten Stock verweilend suchten, verschwand die Kinderdiebin mit ihren Schreien, die sie später verkaufte. In der Kugel erbeutete sie auch noch Geld, mit dem die Kinder einlaufen sollten. Bei der Denkmäler B. 1 20 verkommenen sich gestern an die 100 Kinder mit ihren Anverwandten. Viele erkannten die Diebin bestimmt mit wieder, andere waren unsicher. Die Verhaftete sieht, die ein extra Gedächtnis zu haben scheint, trug zur Aufklärung mehrerer Fälle bei, indem sie das Erinnerungsvermögen der Kleinen an Einzelheiten, die sie mittelste, wußte und stärkte. Sie will wohl leicht als ihrer Veranlassung Zeit haben können. Eltern, die die Vererbung ihrer Kinder noch nicht angezogen haben, werden erlucht, sich im Zimmer 133 zu werten. Die Verhaftete, die zunächst wieder auf freien Fuß gesetzt worden war, wird jetzt in Haft gehalten werden. Sie wohnt bisher mit ihrem Geliebten zusammen. Die Wohnung 116 mit dem Bear in 20jähriger Sohn des Mannes, der ebenfalls verhaftet ist, mit seiner Geliebten.

Verabingung von Eisenbahnwagen.

Zwei Verabingungen von Eisenbahnwagen beschäftigen die Schminckepresse. Im Dritten dieses Monats wurde in dem Güterzug 8203 auf der Fahrt von Berlin nach Breslau, kurz vor

Frankfurt a. M., der Güterpostwagen mit Gewalt erbrochen. Die Schächer wurden abgedrückt, daß Gitter einbrach. 25 Pakete wurden aufgerissen und ihres Inhaltes verkleideter Art beraubt. Am 5. März wiederholte sich der Einbruch in derselben Gegend. Ganze Sendungen von Damenkleidern, Kleidung, Stiefeln usw. gingen verloren. Nach allen Feststellungen sind die Täter unter den gewerkschaftlichen Berliner Bahngüterdieben zu suchen. Die Oberpostdirektion hat auf ihre Erregung und die Wiederbeschaffung des gestohlenen Gutes eine hohe Belohnung ausgesetzt. Zurückgelassen haben die Diebe in dem Wagen ein paar stark abgetragene ungleiche Schnürstiefel. Der Rechte ist 2 Zentimeter kleiner als der Linke, früher gelb gewesen und geschwärzt. Ferner liegen sie eine blaue Schlammhose mit Stummband zurück, die mit einem Anker und rechts und links davon mit Eisenclaud verziert ist. Auf der Strecke fand der Bahnamtliche Güterhüter einen Postkoffer, der noch einige geraubte Sachen enthielt. Mitteilungen zur Aufklärung nimmt die Kriminalpolizei in der Königsstraße 61, Zimmer 41a, Anruf Polizeipräsidium 711, entgegen.

Der abgebaute Republikaner.

Die anderen spielen schwarzweißrote Parade.

Ein „Postassistent auf Wartegeld“ sendet uns die folgende Beobachtung:

„Ich gehöre zu den abgebauten Beamten, und Arbeit kann ich nicht finden. So bleibt mir nichts weiter übrig als täglich lange Spaziergänge zu machen und Gedanken über die Republik anzustellen. Am Sonnabend, den 8. März, kam ich auf meinem täglichen Abbauspaziergang die Hauptstraße in Schöneberg entlang. Dort kam mir ein Verein Reichseisenbahndebeamter, ungefähr 60 Mann, mit Musik und enthieltler Vereinstafel entgegen. Hinter den 4 Musikanten gingen 5 Beamte in Uniform, einer davon mit einem langen spitzen Ding an der Seite; alle fünf hatten breite schwarzweißrote Schärpen umgelegt, auf der ein fliegender Vogel aus Blech befestigt war. Die anderen Beamten trugen ebenfalls Uniform, aber ohne Schärpen. — Das ist nun mal so bei uns. Ich als arbeitsfreudiger „tüchtiger“ (bitte, nicht Eitellob, sondern schriftlicher Bericht des zuständigen Amtsvorstehers) abgebauter Reichsbeamter muß jämmerlich mit ansehen, wie antirepublikanische, im Dienst befindliche Reichsbeamte ihre republikfeindliche Gesinnung frech und dreist mit Musik zur Schau stellen können. Ich bin fest überzeugt, daß einer der Schärpenmänner in der Schloßbrauerei, wohin der Verein marschierte, das erste Glas, wie üblich, WM geweiht hat.“

It's ein Wunder, daß der abgebaute Postassistent am Schluß seiner Ausführungen empört feststellt, daß solche Zustände ein Lohn auf die republikanische Verfassung sind, daß es jetzt darauf ankomme, allen republikanischen Beamten den Rücken zu stärken und sie im Kampf gegen jenes Geständel zu unterstützen, das sich von der Republik bezahlt läßt, aber ihre Verhöhnung als wichtigste Aufgabe betrachtet?

Preußen für die Sommerzeit.

Das Preußische Staatsministerium beschäftigte sich in seiner Montagssitzung u. a. auch mit der Frage der Einführung der Sommerzeit. Es wurde beschlossen, an das Reich mit dem Antrag heranzutreten, für das Sommerhalbjahr 1924 die Sommerzeit einzuführen. Maßgebend für diese Beschlussefassung waren Erwägungen finanzpolitischer Art und die Erkenntnis vom Werte der Sommerzeit für die Volksgesundheit. Die Ersparnisse unierter Volkswirtschaft an Beleuchtungsmaterial, insbesondere an Kohlen, die durch die intensivere Ausnutzung des Tageslichtes um eine volle Stunde erzielt werden können, sind nach sachverständiger Ansicht so bedeutend, daß unser verarmtes Land, das noch auf lange hinaus unter dem starken Druck der Notwendigkeit zu sparen steht, einfach gar nicht darauf verzichten kann. Und auf der anderen Seite liegen die Vorteile hygienischer Art auf der Hand, wenn gerade in einer Zeit, in der fast alle Berufsgruppen und Klassen der werktätigen Bevölkerung einen langen Arbeitstag haben, der großen Masse der tagsüber an Zimmer und Werkstatt Gefesselten noch nach des Tages Arbeit die Möglichkeit des Genußes des sommerlichen Sonnenlichtes, den vielen Landvolkorten und Kleinstörfern die Möglichkeit, ihr Feld auch wochentags zu betreten, gegeben wird. — Den Schwierigkeiten, die sich in einzelnen Teilen der Randwirtschaft unter Umständen ergeben werden kann nach Ansicht des Staatsministeriums durch vorübergehende Umstellung und Rücksichtnahme auf spezielle landwirtschaftliche Bedürfnisse, z. B. durch entsprechende spätere Einlegung der Ritzhänge u. a. m., Rechnung getragen werden.

Berlin — ein kulturell gefährdetes Gebiet?

Die Lehrerkammer der Stadt Berlin hat eine Entschließung angenommen, in der der Auffassung Ausdruck gegeben wird, daß zu den im Abschnitt AI der „Ausführungsbestimmungen zur Preussischen Verordnungsverordnung für das Volksschulwesen“ erwähnten „kulturell gefährdeten Gebietsstellen“, auf die besonders Rücksicht zu nehmen ist, gegenwärtig sicher auch Berlin gehört. Sie weist hin: 1. auf die Verhältnisse auf städtischem Gebiete (Minderung des erzieherischen Einflusses der Familie, Wohnungsleere, erhöhte letterne Geißelung, Abkühlung des Gefühls für Ehrlichkeit, Dandelelei durch die Kinder usw.); 2. auf die verminderte körperliche Leistungsfähigkeit (körperliche Untertätigkeit, unzureichende Körperpflege und Bekleidung); 3. auf die auf beiden hervorragende Geraherung der Unterrichts- und Erziehungsmöglichkeiten in der Schule. Die Lehrerkammer bittet daher das Erziehungsausschussmitglied, Groß-Berlin als kulturell besonders gefährdetes Gebiet zu erachten, und aus diesem Grunde von der Ermächtigung der Ausführungsbestimmungen, die Abbauperordnung nicht durchzuführen, Gebrauch zu machen.

Die Heringszufuhr nach Berlin ist in dieser Woche infolge großer Fänge sehr reichlich. Dadurch sind die Preise im Vergleich zur vorigen Woche bedeutend herabgedrückt.

Feuer im Schiller-Theater. Am Mittwochmorgen kam im Schiller-Theater Charlottenburg, Grömannstraße, während einer Vorstellung Feuer aus. Es brannte der Fußboden einer Kampe. Der anwesenden Sicherheitswache gelang es, die Gefahr schnell zu beseitigen.

Zu dem Mordanschlag auf den Direktor Gustav Socrow erfahren wir, daß der Überfallene im Krankenhaus operiert worden ist, sein Befinden ist verhältnismäßig gut. Der Täter, der Kalkulator Flehner, ist noch nicht ergriffen. Seine Frau hatte von seinem Hocksprung keine Kenntnis.

Wanderauskunft für Friedrichshain. Die Wanderauskunftsstelle des Zugsdamms Friedrichshain, Marktstr. 49, Zimmer 33, ist ab Montag, den 17. März, auch wieder an jedem Sonntag nachmittags von 3½ bis 6 Uhr geöffnet. Gutes und neues Kartenmaterial für Wanderrunden in der Mark ist in allen übrigen Teilen Deutschlands fest vor und ist zu außerordentlich günstigen Preisen zu erhalten. Auch sonst wird in Wander- und Jugendherbergsfragen jede Auskunft erteilt, eventuell werden auch ganze Fahrten zusammengestellt.

Konjunktur-Verkehr. 55. Verkauftstelle. Kgl. Preuss. Eisenbahnverwaltung. Berlin. Die Eisenbahnverwaltung am Freitag, 14. März, 7½ Uhr, bei Kromphardt, Berliner Weg 49.

Die Ordnung der Professorensachen treffen sich am Sonntag, den 16. März, morgens 8 Uhr, an der bekannten Stelle zum Abendessen für die Wanderrunde.

113 Todsopfer sind bei den Räumungsarbeiten in der Grube Casle Gate (East Case Mine), in der sich am 8. März eine Explosion ereignete, geborgen worden. Man vermutet, daß sämtliche 173 Bergleute, die in der Grube tätig waren, umgekommen sind.

Gewerkschaftsbewegung

Der Befehl von Moskau.

Die „Rote Fahne“ gibt sich die größte Mühe, auf unsere Feststellungen nichts zu erwidern. Sie macht das so, daß sie seitensange Artikel über die Spaltung der Gewerkschaften schreibt, dabei aber um den Kern wie die Kugel um den heißen Brei herumgeht. Der Kern der Frage ist einfach, wie wir es noch einmal feststellen wollen, folgender:

Auf Anordnung von Moskau muß die RPD, die deutschen Gewerkschaften spalten. Das ist ein Auftrag, der unseren Kommunisten offenbar unangenehm ist. Nicht so sehr, weil den gegenwärtigen Führern der RPD, ernsthaft etwas an den deutschen Gewerkschaften, in denen sie gekämpft haben und von denen sie nichts verstehen, gelegen wäre. Die Ruth Fischer, Stöcker und wie die gegenwärtigen Führer der Kommunisten noch heißen mögen, sind so vollkommen Ignoranten in allen gewerkschaftlichen Fragen, daß ihnen schon deshalb das Schicksal der Gewerkschaften gleichgültig sein kann.

Unangenehm ist den deutschen Kommunisten der Ufas Sinowjew vor allen Dingen, weil sie mit Recht befürchten, daß bei der Spaltung die organisatorische Ohnmacht der RPD zum Vorschein kommen wird. Sie fürchten mit Recht, daß aus den Millionen gewerkschaftlich organisierter Arbeiter und Angestellten Deutschlands nur ein geringer Bruchteil auf den Limb trecken wird und daß dieses Häuflein infolge ihrer Machtlosigkeit bald wieder auseinanderlaufen wird. Das Eingeständnis dieser Ohnmacht und Einschüchterung gegenüber ihren Geldgebern, das ist es, was die Stöcker und Konforten am meisten fürchten.

Sie haben aber strikten Befehl, die Gewerkschaften zu spalten und die von ihnen zu gründenden kommunistischen Gewerkschaften nach russischem Muster auf die Betriebszellen aufzubauen. Diese Betriebszellenorganisationen sollen, wie es in dem geheimen Rundschreiben der RPD heißt, „Organe der Organisation des Aufstandes werden“. Das ist natürlich Blödsinn, auf den kein denkfähiger deutscher Arbeiter hineinfallen wird.

Die Betriebszelle sollen, wie es in dem von uns zitierten Rundschreiben der RPD, an ihre Bezirksleitungen heißt, „Sturmtruppe gegen die Gewerkschaftsbureaucratie“, d. h. einfach gegen die Gewerkschaften sein. Diese Organe zur Organisation des Aufstandes“ sollen aber, gleichfalls nach russischem Muster, nicht einmal das Recht haben, selbständig Kandidaten aufzustellen. Von diesen Organen zur Organisation des Aufstandes, von dieser Grundlage der Gewerkschaftsorganisation nach russischem Muster sollen die guten Gewerkschafter, die, wie es in dem Rundschreiben heißt, die RPD, „oft sehr kompromittieren“, möglichst ferngehalten werden. „Gute Kommunisten, auch wenn sie ungeschickte Gewerkschafter sind“, das ist die Hauptsache. „Die Betriebszelle sollen revolutionäre Organe sein, und das ist für uns zehnfach wichtiger, als die gewerkschaftliche Geschicklichkeit.“ Das sind die gewerkschaftlichen Grundzüge, nach denen die Stöcker und Ruth Fischer die deutsche Arbeiterkraft zu spalten haben.

Diese Spaltung wird nun schon seit Jahr und Tag systematisch betrieben. Sie ist das Programm der Moskauer, die es als Zweck ihrer sogenannten Roten Internationalen bezeichnen, „einen entscheidenden Kampf... gegen den Internationalen Gewerkschaftsbund in Amsterdam zu führen.“ Diese seit Jahren betriebene Fördersarbeit soll jetzt vollendet werden. In einer Reihe von Organisationen hat sie schon zur Abspaltung geführt. Daneben besteht die der Roten Internationalen offene „effensive Union der Hand- und Kopparbeiter.“ Jetzt soll auf Befehl von Moskau die Spaltung nach den stammenden Betriebsratwahlen allgemein durchgeführt werden. Im Mai soll der allgemeine Spaltungskongress stattfinden. Auf diesem Kongress sollen, wie es in dem von uns veröffentlichten Ufas heißt, „die gewerkschaftlich nicht organisierten Klassenbewußten (!) Arbeiter der Betriebe, die Delegierten der Gewerkschaften und der revolutionären Betriebsräte vertreten sein. Die Kommunisten müssen sich also auf Befehl von Moskau mit den Gelben, mit den Arbeitern verbinden, die sich von der Zahlung gewerkschaftlicher Beiträge drücken, von anderen sich die gebrauchten Kostionen aus dem Feuer holen lassen und dabei noch den Mund recht voll nehmen! Das ist die Sturmtruppe, die die Ruth Fischer und Stöcker gegen die Gewerkschaften ins Feld führen müssen. Doch bei einer solchen Arbeit das sogenannte Zentrum und die Rechte der Kommunisten nicht mitmachen wollen oder mitmachen können, ist durchaus begrifflich. Nur Sklavenseelen können sich dazu hergeben, einen solchen idiotischen Versuch zu machen.“

Für die Einheit der Arbeiterbewegung.

In der Fortsetzung der Generalversammlung der Ortsverwaltung Berlin des Bund wurden, nach einem Referat des Genossen Schwolger über das Thema „Wirtschaftskrise — als die soziale Krise“ und einer im zustimmenden Sinne verlaufenden Diskussion, folgende Entschlüsse einstimmig angenommen: gegen eine Stimme angenommen:

Die Generalversammlung der Ortsverwaltung Berlin des Bundes bedauert auf das lebhafteste, daß eine Anzahl Vorstandsmitglieder und Beamte des Bundes durch ihre führende Beteiligung an der Gründungsarbeit und Gründung der sogenannten „Deutschen Arbeiterpartei“, welche sich selbst als „Gewerkschaftspartei“ bezeichnet hat, in Mitleidertreten und in der Öffentlichkeit den Eindruck erweckt hat, als stände der Bund hinter dieser Parteigründung. Das Verhalten der Kollegen muß um so mehr befremden, weil die bisherigen Kundgebungen der neuen Partei erkennen lassen, daß sie jedes grundsätzliche Bekenntnis zum Sozialismus vermeidet und stattdessen bei den Arbeitnehmern die illusionäre Vorstellung hervorzurufen will, als sei eine Beteiligung der kapitalistischen Ausbeutung und Unterdrückung auch auf dem Boden der kapitalistischen Wirtschaft durch bloße Generalisierung der Mehrheitsverhältnisse im Parlament möglich. Die Generalversammlung richtet an den Bundesvorstand und Bundesauschuss die Aufforderung, schärfstens darüber zu machen, daß nicht Mittel und Kräfte des Bundes in den Dienst der neuen Partei gestellt werden, und daß nicht der Mangel an Arbeit und grundsätzliche Einstellung gegen die kapitalistische Ausbeutungswirtschaft, der die bisherigen Beteiligungen der neuen Partei kennzeichnet, auf die Bundespolitik zurückwirkt.

Die Generalversammlung der Ortsverwaltung Berlin des Bundes der technischen Angestellten und Beamten erkennt in dem in breiter Front geführten Angriff des Unternehmers auf die sozialistischen Errungenschaften der Arbeiterbewegung den scharfmoderischen Rückschrittstakt unternehmenen Versuch, unter Ausnutzung der Wirtschaftskrise und in der Hoffnung auf die aus dem Währungsauwandelnde herabdrückende finanzielle Schwäche der Gewerkschaften die Kosten der Wirtschafts- und Währungsanpassung reiflos der Arbeiterbewegung aufzuerlegen. Es wird bei diesem Beginn unterwirft durch die Maßnahmen einer Regierung, die jede preiswürdige Initiative bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit vernichten läßt, dafür aber durch die Zwangsarbeit der Arbeitlosen den Lohnbruch begünstigt.

Ansprüche dieser Situation richtet die Generalversammlung an die technischen Angestellten und Beamten Berlins die Aufforderung, sich zur gemeinsamen Führung des Kampfes gegen die Unterdrückung und den Kampf reiflos im Bunde zusammenzuschließen und ihre Organisation so zu stärken, daß sie als die scharfe Waffe an Abwehr

